

Pressebericht MEUC WiSe 18/19

Wie ist es in großer Runde zu verhandeln? Trotz unterschiedlicher Auffassungen einen Konsens zu finden? Als Vertreter eines Mitgliedstaates einem eine vielleicht fremde Position nicht nur zu vertreten, sondern auch für diese einzustehen? Diesen und weiteren Herausforderungen mussten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Model European Union Conference (MEUC) im Wintersemester 2018/2019 an der Humboldt-Universität zu Berlin stellen.

Die MEUC wird seit über zehn Jahren vom Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht an der HU durchgeführt und nunmehr von Herrn Martin Junker betreut. Dabei handelt es sich um ein Planspiel, bei dem die Studierenden die Sitzungen verschiedener europäischer Institutionen (vor allem: Rat der Europäischen Union und EuGH) simulieren.

Dabei sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur die rechtlichen Probleme diskutieren und einen vertieften Einblick in die Systematik und Rechtsetzung des Europarechts erlangen. Sie verbessern gleichzeitig auch ihre rhetorischen Fähigkeiten, ihre Argumentationsführung sowie ihre Schlagfertigkeit. Dieses Mal traten die Studierenden im Ministerrat zusammen.



Die Europäische Kommission hat am 21.03.2018 dem Rat zwei neue Richtlinien vorgeschlagen, mit denen sichergestellt werden soll, dass digitale Geschäftstätigkeiten in der EU auf faire und wachstumsfreundliche Weise besteuert werden. Vorgelegt wurden zwei Richtlinienentwürfe, die sowohl eine langfristige und dauerhafte Antwort, als auch eine Übergangsteuer auf bestimmte Erträge aus digitalen Tätigkeiten vorsehen.

Nach einem Vorbereitungstreffen am 20. November in der Walter Hallstein-Bibliothek der Fakultät und der Ausarbeitung der jeweiligen Länderpositionen in Form eines Position Papers, fand die Simulation des Ministerrats schließlich am 07. und 08. Dezember 2018 in den Räumlichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin statt. Die Simulation startete mit einem Impulsreferat von Herrn Gerald Steininger, Fachreferent der SPD Bundestagsfraktion, mit anschließender Diskussion und ermöglichte den Studierenden einen Fachaustausch mit einem Experten, bevor sie in ihre jeweiligen Länderrollen schlüpfen konnten. Im Verlauf der beiden Tage wurden die Vorschläge der Kommission diskutiert und mit verschiedenen Änderungsvorschlägen überarbeitet.

Drei Hauptproblempunkte kristallisierten sich im Verlauf der Debatte heraus. Den Ministerinnen und Ministern ging es vor allem um die Problematik einer möglichen Doppelbesteuerung, den ungewollten Wachstumshindernissen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie um die Frage, ob es tatsächlich angebracht ist, die Vorschläge auf europäischer Ebene zu diskutieren.

Schon während der "Tour de Table", den Eröffnungsreden, zeigte sich die Ambivalenz des Themas. Tatsächlich waren nur wenige Mitgliedstaaten von den beiden Vorschlägen überzeugt und billigten deshalb ihre Zustimmung nur unter Vorbehalten zu.

Freitag, der ersten Konferenztag, war geprägt von Lobbying und Kontroversen über die Einführung einer temporären „Digital Services Tax“. Gestritten haben die Mitgliedstaaten über die Auswirkungen einer solchen Steuer auf internationaler Ebene, insbesondere in Hinsicht auf Handelskonflikte mit den USA. Die Absetzung von Investments in der Europäischen Union war auch ein Thema. Letztlich haben die unüberwindbaren Gräben innerhalb des Rates einen Kompromiss verhindert.

Am Samstag war die Arbeit am Entwurf über die Einführung einer Besteuerung von „significant digital presences“ dafür umso konstruktiver. Ausgenommen von kleinen Meinungsverschiedenheiten über eine Verteilungsquote der Steuereinnahmen, die nach einer hitzigen Verhandlung gelöst war, arbeitete der Rat kollegial und kompromissorientiert. Nach substantiellen Änderungen wurde die Richtlinie mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen.

Trotz der Ablehnung finden Interessierte die überarbeiteten Vorschläge der Kommission auf der MEUC-Website des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht. Dort werden in Kürze auch Termin und Thema für die MEUC im Sommersemester 2019 bekannt gegeben.

Besonderer Dank gilt Herrn Gerald Steiniger für seinen Einführungsvortrag, der Friedrich-Ebert-Stiftung, allen voran Frau Lehmann, für die Möglichkeit die Räumlichkeiten zu nutzen, vor allem aber den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die die Model European Union Conference auch in diesem Jahr zu einer spannenden, lehrreichen und unterhaltsamen Lehrveranstaltung jenseits des starren juristischen Lehrplans haben werden lassen.